

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

[urn:nbn:de:gbv:45:1-57584](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-57584)

# Der Beobachter.

## Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in  $\frac{1}{2}$  Bogen. Der Vorauszahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VII. Jahrgang.

Freitag, den 18. Januar 1850.

N<sup>o</sup> 6.

### Die Wahlen nach Erfurt.

Gegen den Ausspruch und Willen des Landtags hat das Ministerium die Wahl von Abgeordneten nach Erfurt ausgeschrieben, um dadurch den Bündnisvertrag, welchem die Vertreter des Landes nun schon zweimal ihre verfassungsmäßig erforderliche Zustimmung verweigerten, durch eine abermals einseitig herbeigeführte Thatsache zu besiegeln. Die weit überwiegende Mehrheit der Bewohner des Landes, zu welcher politischen Parthei der Eine oder Andere auch gehören mag, ist darüber mit uns einverstanden, daß solch' Beispiel der Nichtachtung von Landtagsbeschlüssen nicht gegeben werden darf, daß die Verfassung, daß Ordnung und Recht im Lande gewahrt werden müsse.

Um nun das ministerielle Unternehmen durch sich selbst zu vereiteln, boten sich den Urwählern zwei gesetzmäßige Wege dar. Der erste war: allgemeine und einmüthige Betheiligung an der Wahl, um dadurch die Erwählung solcher Männer sicher zu stellen, von deren politischer Ansicht und Ueberzeugungstreue zuverlässig zu erwarten gewesen wäre, daß sie die Wahl zwar angenommen, ihr Mandat aber nur erst dann für perfekt erklärt haben würden, wenn auch die andere verfassungsmäßige Staatsgewalt, der Landtag, zu dem Beitrittsvertrage (etwa wegen veränderter Umstände) seine Bestätigung noch erteilt haben werde, und auf diese Weise Willfährigeren den Weg nach Erfurt zu versperren. Außer mehreren anderen, vielleicht weniger erheblichen, Bedenken konnte aber diese Maßregel nur ausgeführt werden, wenn bei der Wahlhandlung wirklich die wahre Stimme des Landes durchbringen konnte. Dem steht aber die erlassene Wahlordnung die erheblichsten Hindernisse entgegen, da sie nicht bloß das Stimmrecht ungleich vertheilt, die freie Unbefangenheit der Abstimmung ausschließt, sondern auch den Wählern die erheblichsten Belästigungen auferlegt.

Die Mehrzahl unserer Mitbürger giebt daher dem anderen Wege den Vorzug: die Wahl nicht vorzunehmen. Damit aber über die Absicht dabei kein Zweifel entstehe, eine Erklärung über ihre Gründe zu unterschreiben, welche dann mit Tausenden von Namen dem künftigen Landtage zu überreichen sein wird.

**Also wir wollen nicht wählen.** Das Wählen ist ein Recht, aber keine erzwingbare Pflicht. Der freie Mann, der constitutionelle Staatsbürger nimmt nur dann die Wahl vor, wenn er den Zweck will, zu welchem gewählt werden soll. Den will die Mehrzahl von uns nicht. Aber auch diejenigen, welche ihn etwa wollen, welche den Anschluß an das Dreikönigsbündniß für klug und gut halten, sie werden, sind sie anders Oldenburgs ächte Söhne, nicht anders nach ihrem Ziele streben wollen, als auf dem rechtmäßigen Wege der Verfassung, welche die Rechte Aller schützt. Zur Vollziehung eines Regierungsaktes, dem die verfassungsmäßige Zustimmung des Landtags nicht bloß fehlt, sondern versagt ist, leiht er die Hand. **Also: wir wollen nicht wählen! wir wollen Alle nicht wählen!**

### Herr X. ist kein Lügner.

Herr X. sagt den Leuten, wir könnten den Anschluß an das Dreikönigsbündniß ohne alle Gefahr uns gefallen lassen, denn es dauere ja doch nicht länger als bis zum 1. Juni.

**Wenn** aber der Erfurter Reichstag zusammen kommt und vor dem 1. Juni die preussischen Vorlagen annimmt, dann sind wir fest!

Dieses „Wenn“ hat Herr X. die Gewohnheit den Leuten nicht dabei zu sagen. Herr X. ist also kein Lügner.



## Zeitbetrachtungen.

Herr v. Blittersdorf, von dem wir neulich einige freilich sehr naive Gesändnisse über die absolutistischen Hintergedanken und Absichten des Berliner Bündnisses den Lesern des Beobachters mitgetheilt haben, wird, nach den Zeitungen, hart darüber angefochten, daß er so unbesonnen aus der Schule geschwätzt hat. Das soll wohl sein, denn man hätte gar zu gern noch eine Weile unentdeckt vor dem armen so oft betrogenen Volke Komödie gespielt. Aber das Jahr 1848 hat den Vorhang zerissen und alle Welt lacht durch die Löcher, so daß die Kabinetepolitik ganz aus dem Konzept kommt und nichts mehr zu Stande bringt. Das würde nun wohl anders werden, wenn der Erfurter Verfassungsentwurf erst angenommen wäre, wonach die Censur zwar abgeschafft bleibt. — (o gewiß!) aber für die Zeitungen Postverbote, Sicherheitsbestellungen, Concesssionen, Staatsauflagen u. s. w. u. s. w. wieder eingeführt werden dürfen, welche der Art. 43. unseres Staatsgrundgesetzes zum Glück (vielleicht auch zum Glück für den Beobachter) verbietet.

Der alte abgesetzte Fürst Metternich sagt: seine Politik habe darin bestanden, stets die Wahrheit zu sagen. Da nun die Diplomaten die Gewohnheit haben, wenn man so sagen darf, sehr dem Lügen ergeben zu sein, so glaubten sie das Gegentheil von dem was er sagte und wurden stets von ihm betrogen. Preußen ist noch bei der alten Gewohnheit geblieben, und seine Jünger und Apostel sind natürlich auch Nachfolger seiner Politik. Preußen ist (zum Unglück für das übrige Deutschland) so groß geworden, daß ihm das Gelüste nicht ausbleiben konnte, ein europäischer Staat auf eigene Hand zu sein. Darum ist seine Politik nothwendig eine undeutsche, und darum haben die Zeitungen und andere Anschlußapostel den Mund immer so voll von der deutschen Gesinnung der preussischen Regierung. Aber Wenige glauben ihnen mehr.

Sogar die Weserzeitung hat wieder eine schwache Stunde, das heißt eine Anwendung von Wahrheitsliebe: sie sagt: „Für jetzt läßt sich mit Bestimmtheit nur das sagen, daß die Annahme der Reichsverfassung, wie sie gegenwärtig vorliegt, keinen anderen Erfolg haben würde, als den, die kleinen deutschen Staaten preussisch zu machen. — Man braucht nur die einzelnen Paragraphen des Abschnittes über die Reichsgewalt durchzugehen, um zu der Einsicht zu kommen, daß, wenn diese Reichsgewalt eine rein preussische Gewalt wird, wie sie es ohne das Gegengewicht

der mittleren deutschen Staaten nothwendig werden muß, das Aufgehen der kleineren Staaten nicht in das deutsche Reich, sondern in Preußen eine Thatsache geworden ist.“

Nun, dasselbe sagt auch unser Landtag, und darüber kommt all der Streit her. Die gute Weserzeitung wird man indeß bald wieder zu beruhigen wissen. Unsere Landesvertreter aber werden wach bleiben. Unbegreiflich ist es nur, daß die Fürsten dies nicht einsehen. Mein Nachbar behauptet, er wisse sich das sehr wohl zu erklären, aber er thut geheimnißvoll mit seinen Erklärungsgründen und ich will sie lieber gar nicht wissen, denn ich will ohnehin nicht preussisch werden, sondern deutsch bleiben.

In Hannover hat selbst die erste Kammer sich hart ausgelassen über das Preußenbündniß: „Die Besorgniß, die man in Frankfurt geäußert, daß die Dynastien nie die Einheit Deutschlands herbeiführen werden, ist wohl bestätigt und der Glaube an den Ernst ihrer Versicherungen ist aus dem Volke gewichen. Der sogenannte Bundesstaat mit wenigen würde unserm Lande alle Selbstständigkeit genommen haben,“ sagen die Herren, grade wie unsre vorlauten Demokraten, und sie haben sich eben so wenig, wie diese, bange machen lassen, als Einer die Bemerkung machte: „In der oldenburgischen Ständeversammlung sei behauptet worden, daß Hannover gezwungen werden könne, sich dem Bündnisse zu unterwerfen.“

Mit Preußens eigenem Verfassungswerk will's auch gar nicht voran. Der König von Gottes Gnaden, der ungern ein Papier haben will zwischen sich und seinem Volke (das heißt ein Staatsgrundgesetz, welches er beschwören soll), hat wieder so viele Abänderungsanträge gestellt, daß sogar die Weserzeitung verdrießlich darüber wird und ausruft: „Es würde der constitutionellen Parthei abermals ein Opfer an ihrer Ueberzeugung von der Regierung angeschlossen, welches das in Preußen herrschende System des Scheinconstitutionalismus, in welchem das Capitel vom beschränkten Unterthanenverstande noch immer nicht durchgestrichen ist, in ein gar grelles Licht stellt.“

Ja, ja! so geht's, wenn das Volk beschränkten Verstand dadurch vermuthen läßt, daß es Jährlicher in den Landtag wählt.

Die Weserzeitung findet es unbegreiflich, daß einige kleineren Staaten wieder anfangen, ihre Flottensteuer zu verweigern. Mein Nachbar meint: begreifen könne er's wohl. Vielleicht sagten sie: wenn Preußen die deutsche

Einheit und Freiheit in die Tasche stecken wolle, so möge es aus dieser Tasche gefälligst die Flotte bezahlen.

Bekanntlich hat die hannoversche Regierung in den beiden Kammern in Bezug auf das Berliner Bündniß keinen Antrag gestellt, den Kammern vielmehr nur die Actenstücke des Bündnisses zur Prüfung vorgelegt. Die Kammern wollten sich aber in der Sache aussprechen und stellten deshalb selbst Anträge, über die jedoch einfach zur Tagesordnung übergegangen wurde. Unser Ministerium hatte nun auf dem aufgelösten Landtage, trotz der vorgegebenen aber durchaus nicht hinreichend begründeten Dringlichkeit des Anschlusses, erklärt, daß, wenn Hannover nicht beim Bündnisse bleibe, auch Oldenburg nicht dabei bleiben könne. In diesem Falle sind wir nun jetzt, und doch begehren die „Neuen Blätter“ die kolossale Lächerlichkeit, zur allgemeinen Theilnahme an der Wahl zu dem s. g. Erfurter Volkshaufe aufzufordern. Was wir nach Lage der Sache jetzt zu thun haben, ist bereits im Eingange dieser Nummer gesagt.

#### Briefliches aus dem Lande.

Diese wenigen Tage haben eine ungeheure Veränderung aller Zustände in Oldenburg herbeigeführt. Wie war noch vor wenigen Monaten Alles auf gutem Wege! Die Gutmüthigkeit, die Einfachheit, der gute Wille, auszugleichen, der ganze acht oldenburgische Volks-character waren noch da. Wie hat man seitdem die Dinge so recht gefesselt auf den Kopf gestellt und verwirrt! An diesen Leuten liegt die Schuld, wenn Oldenburg, — so viele schöne Reime zu einer mufterhaften Gestaltung, — nicht bloß zu nichts kommt, sondern selbst in seinen Anlagen verdorben wird.

Mit wahrer Freude habe ich den glänzenden Sieg in Oldenburg vernommen. Es lebe die Vernunft! Hoffentlich wird sie im ganzen Lande die Oberhand behalten.

#### Eine Berathung der Wahlmänner der Stadt und der Osterburg

hat gestern Nachmittag (den 16.) im Butjadingerhof stattgefunden. Von Seiten der Constitutionell-Conservativen — der „Demagogen“ nämlich, wie jene jetzt von den erfunderischen „Neuen Blättern“ zur Abwechslung genannt werden — wurden als Candidaten zum Landtage aufgestellt: Obergerichtsrath Wibel und Hauptmann Niebour in Birkenfeld. Von den Reactionären: Ministerialrath Zedelius, Rathsherr Schröder und Intendant Reinardus. Von den drei letztern war die Versammlung gewiß überzeugt, daß sie nicht allein für das Bündniß stimmen, sondern auch der Staatsregierung das Recht einräumen würden. — Zedelius und Schröder wenigstens haben sich dazu bekannt — den Anstuf an das Dreikönigsbündniß auch ohne Genehmigung des Landtags abzumachen, und zumei-

aus diesem Grunde erhielten wohl bei der Abstimmung von den anwesenden 40 Wahlmännern — Baars, Cropp, Stahr und v. Wedderkop fehlten —: Wibel 36 Stimmen, Niebour 31, Zedelius 8, Reinardus 5, und Schröder 2. — Daß die Stadt Oldenburg besonders einen Vertreter für Handel und Gewerbe in den Landtag schicken müsse, wozu der Rathsherr Schröder vorgeschlagen war, wurde nicht für nöthig befunden, da man, was solche Interessen der Stadt betrifft, sich jeden Augenblick Rathes genug erholen könnte; nicht so vom Lande. — Die allgemeinen Interessen seien die Hauptsache.

#### Theater.

Unsere Gesübne fing das neue Jahr 1850 (Dienstag, den 2. Januar) mit zwei Novitäten an. Die erste: „Eine Frau, welche die Zeitungen liebt.“ Lustspiel in 1 Act von F. Wehl — ist sehr unbedeutend. Der Inhalt läßt sich schon aus dem Titel ersehen. Mathilde, eine junge Frau, ist so sehr auf das Zeitungslernen verpicht, daß sie darüber die Wirthschaft, ihren Mann und alle weibliche Pflichten vernachlässigt. Ihr Mann fühlt sich deshalb sehr unglücklich, denn er liebt sie aufrichtig. Sein Onkel hat sich vorgenommen, die Frau von ihrer Lesesucht zu curiren; er läßt sie Verdacht schöpfen gegen die Treue ihres Mannes, dessen Liebe ihr am Ende doch mehr gilt als alle Zeitungen der Welt, und so löst sich denn zuletzt Alles in Wohlgefallen auf. Eine schon oft dagewesene Geschichte. — Die Besetzung war: Oberst Faber, Herr Schneider; Alfred zu Wertben, sein Neffe, Herr Wenzel; Mathilde, dessen Frau, Fräulein Löhn. — Alle drei spielten mit lobenswerthem Fleiße. — Die zweite Novität war: „Der Salzdirector.“ Lustspiel in 3 Acten von P. — Ebenfalls sehr unbedeutend und für den geringen Inhalt zu lang. Es handelt sich hier um die Erlangung einer Salzdirectorstelle. Wilhelm Desfré, ein junger Assessor, wünscht sehr, die Stelle zu erhalten, weil er mit ihr auch in den Besitz seiner Braut, der Tochter des Ministers, gelangen wird. Verschiedene Leute wollen ihm die Stelle beim Minister erwirken, keiner aber weiß, daß sein Protegé ein und dieselbe Person ist, daraus entstehen einige komische Situationen. Zuletzt hat er sich selbst beim Minister durch eine von ihm verfasste Broschüre über das Salzwerk empfohlen; er bekommt die Stelle und die Tochter des Ministers dazu. — Salz ist genug in dem Stücke, aber kein attisches Salz. Uns hat das Ding zuletzt gelangweilt, obgleich es recht gut gegeben wurde. Herr Jenke I. führte uns in dem Kammerdeputirten Wankelmann aus der Provinz das Bild eines Landtagsabgeordneten vor, wie wir desgleichen schon in Natura in unserer nächsten Nähe gesehen haben. Angelika, seine Frau, wurde durch Fräulein Kamler mit einer lebenswürdigen Naivität dargestellt; — sie erhielt rauschenden Beifall. — Den Assessor Desfré gab Herr Wenzel ziemlich gut, wir würden ganz gut sagen können, wenn er ein wenig mehr Lebhaftigkeit, die ihm auch mitunter in andern Rollen mangelt, gezeigt hätte. — Herr Berninger (Minister), Fräul. Löhn (Auguste,

seine Tochter), Herr Schneider (Schligestus) und Frau Jenke l. (Obristin von Braunthal) spielten ihre wenig bedeutenden Rollen mit anerkanntem Fleiß.

Freitag, den 4.: „Emilia Galotti.“ Trauerspiel in 5 Acten von Lessing. — Woran lag es doch, daß die heutige Vorstellung dieses Meisterwerks gar nicht recht anklingen wollte? Lag es an der Aufführung? — Lag es an dem Spiel der Einzelnen? — Gewiß nicht, die Aufführung war eine gerundete und vollendete und jeder Einzelne that sein Möglichstes. Es möchte nicht leicht eine bessere Emilia geben als Frau Bluhm, nicht leicht einen bessern Doardo als Herrn Berninger, keinen bessern (oder vielmehr verabscheuungswürdigern) Marinelli als Herrn Schneider u. s. w. u. s. w. bis auf den Maler Conti (Herr Steinmeß) herab. — Nun, wenn es nicht an der Aufführung, nicht am Spiel lag, woran lag es denn, daß das Publikum größtentheils so theilnahmlos blieb? — Es lag an dem unseligen, alles Schönheitsgefühl beleidigende Rococostüm, das man beliebt hatte. Das Kostüm der Popszeit wird immer komisch wirken, oder doch in Trauerspielen dem Ernst der Handlung Abbruch thun und man sollte es in tragischen Stücken überall nur da anwenden, wo es durch die Handlung nothwendig gemacht wird. Bei „Emilia Galotti“ spricht kein anderer Grund dafür, als daß der Dichter in der Zeit lebte, wo eine solche Tracht mode war. Man legt hier beim Theater überhaupt, seit Julius Rosen, der dies Popskostüm bei Emilia Galotti, Rabale und Liebe und Ffidor und Olga eingeführt hat, eine große Vorliebe dafür an den Tag. Vor Julius Rosen wurden die drei genannten Stücke in einem andern entsprechenden Kostüm gegeben. —

Sonntag, den 6.: „Einmalhunderttausend Thaler.“ — Nichts weiter dabei zu bemerken, als daß der Männerchor nichts gelernt hatte, und daß Herr Dietrich (Bullrig) reichen Beifall erntete. Namentlich fand sein eingelegtes „Gesellied“, das er sehr natürlich — wir meinen, zu natürlich — vortrug, viel Sympathie beim Publikum. —

Montag, den 7.: „Ein Geheimniß.“

Dienstag, den 8.: „Die Jäger“ von Iffland. — Ausgezeichnete Vorstellung. — Herr Steinmeß, der in der Rolle des Anton hier neu war, übertraf unsere Erwartung.

Donnerstag, den 10.: „Die eifersüchtige Frau.“ Lustspiel in 2 Acten von Kogebue. — Man sollte dergleichen ältere Stücke, deren es doch eine Menge giebt, öfter auf das Repertoir bringen. Sie werden immerhin mit den dramatischen Erzeugnissen unserer Zeit in die Schranken treten können. — An der heutigen Aufführung haben wir zu tadeln, daß der Dialog nicht leicht und fließend von Statten ging und es oft damit haperte, und daß der Regierungsrath von Ahlen (Herr Schneider) gar nicht so aussah, daß seine hübsche Frau (Frau Jenke l.) seinetwegen hätte eifersüchtig sein können. Er war zu alt und hinsällig. Herr Schneider weiß sonst seine Maske passender zu wählen. — Hierauf

zum Grünenmale: „Das Versprechen hinter'm Heerd.“ Scenen aus dem österreichischen Alpenleben mit National-Gefängen von Baumann. — Die National-Gefänge waren nicht weit her. Uns hat nur das kleine Liedchen gefallen, zu welchem das Orchester die Stimmen der Vögel so täuschend nachahmte. Dieses Liedchen soll aber ursprünglich gar nicht zum Stücke gehören, sondern von dem Bremer Chordirector am Theater componirt und eingelegt sein. Uns hat das Stück überall nicht sehr zugesagt. Wir glauben, die Rolle des albernen Freiherrn von Strizow ist hier zu vorherrschend, die schlechten Berliner Wize tödten das bischen Poesie, was sonst noch in dem Stücke anzutreffen wäre. — Gespielt wurde von den Herren Berninger (Michel Quantner), Bauer (Loisl), Jenke l. (Freiherr von Strizow) und Frau Dietrich (Nandl) vortrefflich.

Der Beobachter.

### Herr Hofkapellmeister Professor Vott

wird heute, Freitag, den 18. Februar, im großen Casino-Saale ein Concert geben und zwar mit vollständigem Orchester. Das ist lange nicht dagewesen. Daß wir dadurch etwas Großartiges zu erwarten haben, dafür bürgt uns schon der Name des Concertgebers, und in der That enthält auch der Concertzettel ausgezeichnete klassische Werke, so die Jubel-Duvertüre von C. M. v. Weber, die Duvertüre zu „Leonore“ (Nr. 3.) von Beethoven und die große Symphonie in c-mol von Beethoven. Auch wird Herr Professor Vott selbst in einem großen Violin-Concert in fis-mol von Lipinski sich hören lassen, und auch der Hellist Herr Kammermusikus Krollmann H. einige schwedische Lieder von B. Romberg vortragen. Das Ganze ist also geeignet, uns wieder einmal einen echten, reellen Kunstgenuß zu gewähren.

### Kirchliches.

Vom 10. bis 17. Januar sind in der Oldenb. Gemeinde:

**I. Copulirt:** Keine.

**II. Getauft:** 12) Emil Christian Bernhard Hübel, Oldenburg. 13) Johanne Margarethe Wilhelmine Willers, Oldenburg. 14) Carl Heinrich Anton Hippe, Oldenburg. 15) Elise Sophie Johanne Brinkmann, Oldenburg.

**III. Beerdigt:** 6) Johann Gramberg, Donnerschwee, 6 M. 7) Hermann Schellfede, Nadorst, 48 J. 8) Emma Magdalene Anna Johanne Köster, Oldenburg, 1 J. 9) Anna Catharine Elisabeth Kuhlmann geb. Müller, Oldenburg, 69 J. 8 M. 10) Hermann Hinrich Meyer, Everßen, (Wringlückt) 25 J. 1 M. 11) Helene Bebeke Margarethe Wakenhus, Donnerschwee, 28 J. 5 M.

Sonntag, den 20. Januar, predigen in der Lambertikirche:

Frühpredigt: Herr Hofprediger Wallroth. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Hauptpredigt: „Pastor Greverus. „ 10 „  
Nachm.-Pred.: „ Kirchnerath Clausen. „ 2 „

Einsendungen werden unter der Adresse:

An die Redaction des Beobachters in Oldenburg  
in der Verlagshandlung unfrankirt angenommen.

Redacteur: Wilhelm Calberla. — Schnellpressendruck und Verlag von Gerhard Stalling in Oldenburg.

# Der Beobachter.

## Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in  $\frac{1}{2}$  Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VII. Jahrgang.

Dienstag, den 22. Januar 1850.

N<sup>o</sup> 7.

### Wahl nach Erfurt.

- §. 1. Niemand wählt.
- §. 2. Es geht auch Keiner hin, als etwa aus jedem Kirchspiele Einer, welcher die Namen Derjenigen aufzeichnet, die dem §. 1. zuwider handeln und doch wählen.
- §. 3. Alle unterschreiben zu Hause oder in Dorfschaftsversammlungen den Protest.
- §. 4. Am 16. Februar wird dieser Protest an den Landtag eingeschickt.

#### Sollen wir nach Erfurt wählen?

„Nein!“ lautet die Antwort jedes Oldenburgers, dem es mit unserem Staatsgrundgesetze und mit Wahrung des Ansehns unseres Landtages wahrhaft Ernst ist.

Aber was rath uns die Wesezeitung, die doch der Gegenpartei dient, die derjenigen Partei dient, welche so verächtlich vornehm den Kopf schüttelte, als unsere Demokraten im Landtage sagten: Preußen zeige in diesen Tagen seine völlige Ohnmacht, ein konstitutioneller Staat zu werden, und die Vertrauenden würden die Getäuschten sein? (Stenograph. Protokolle des Landtages). Ja was rath uns die Wesezeitung? Zu allererst gehen auch dem Blinden die Augen auf. Die Wesezeitung berichtet von dem Verfassungskstreit zwischen Preußens treuem Könige und seinen nachgiebigen Kammern, und sagt voll gerechten Zornes:

„Die Abänderungsvorschläge des Königs, wenn sie angenommen werden\*), führen Preußen zum Absolutismus zurück, denn sie machen die Theilnahme des Volks an der Gesetzgebung und Besteuerung zu einer Illusion und stehen im Widerspruch mit den Grund-

\*) O, das werden sie ganz gewiß, denn die Minister machen ja eine Kabinettsfrage daraus, und dann giebt jeder Wohlgefinte nach!

begriffen des konstitutionellen Wesens. Mit den Vertretern des absolutistisch-aristokratisch regierten Preußens können die Abgeordneten konstitutioneller und auf dem freien Bürgerthum gegründeter Staaten nicht auf einer Bank sitzen\*). Es ist keine Verbindung möglich mit dem Absolutismus. Es ist undenkbar, daß Deutschland von diesem Preußen seine parlamentarische Zukunft erwarten könnte. Wenn Preußen sich selber untreu wird, so heißt es dann für die kleineren Staaten auch in der letzten Stunde noch: **Keine Wahl nach Erfurt!**“

Wir haben das Alles vorausgesehen und sagten deshalb in der ersten Stunde, wie jetzt in der letzten: **Keine Wahl nach Erfurt!** freuen uns aber, daß die Wesezeitung das Verfahren der Oldenburger billigt und auch Andre auffordert, dem Beispiele Oldenburgs zu folgen.

#### Aus Münsterland.

Sehr überrascht sind wir hier durch die Wahl des Advokaten Ruder zum Wahlmann der Stadt Oldenburg. Gaben denn die Urwähler in Nr. 3. der „Neuen Blätter“ den Aufsatz: „Der Protest der Demokraten

\*) Also auch die Oldenburger nicht.